



# GEMEINDE RODENBACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Sozialausschusses der Gemeinde Rodenbach

---

Tag:	22.09.2016
Dauer:	20:00 Uhr bis 21:00 Uhr
Sitzungsort:	Rathaus Rodenbach
Teilnehmer:	gemäß Anwesenheitsliste Gemeindevorstand: 6 SPD-Fraktion: 6 CDU-Fraktion: 4 F.D.P.-Fraktion: 1
Tagesordnung:	gemäß Einladung vom 14.09.2016
Bekanntmachung:	Rodenbach Kurier vom 20.09.2016 Aushang gemäß Hauptsatzung

Der stv. Vorsitzende Stefan Brehm stellt bei Eröffnung der Sitzung die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung werden nicht erhoben.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Sozialausschusses vom 30.05.2016 liegen nicht vor.

### Tagesordnung

#### 1. Anschaffung einer kostenlosen Gemeinde-App Antrag Nr. 03/2016 (CDU-Fraktion)

Der stv. Vorsitzende teilt mit, dass zum vorliegenden Antrag ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vorliegt.

Zunächst stellt Herr Kohlberger den Antrag der CDU Fraktion vor:

*„Die Gemeindevertretung beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob das bestehende Serviceangebot um eine kostenlose Gemeinde-App ergänzt werden kann. Diese soll in Zusammenarbeit mit einem externen IT-Dienstleister entwickelt werden und für alle gängigen Betriebssysteme nutzbar sein. Ggfs. sind die Kosten hierfür im Haushalt 2017 einzustellen.“*



Anschließend erläutert Herr Lukas den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

*„Die Gemeindevertretung begrüßt das bereits vorhandene digitale Angebot der Gemeinde Rodenbach mit dem aktuellen, umfassenden und strukturierten Informationsangebot auf der gemeindeeigenen Homepage <https://www.rodenbach.de/> und auf der für mobile Endgeräte optimierten Homepage <https://m.rodenbach.de/> und unterstützt den Gemeindevorstand auf dem bereits eingeschlagenen Weg. Vor diesem Hintergrund wird der Gemeindevorstand beauftragt, dem Haupt- und Finanzausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen (vor Abschluss der Haushaltsberatungen 2017) den Unterschied zwischen der „normalen“ Homepage und der „Mobile Weg App“ darzustellen, die zeitlichen und inhaltlichen Planungen für den Relaunch der Website und die Umstellung auf ein Responsive Webdesign zu erläutern, die Vor- und Nachteile einer Gemeinde-App im Vergleich zu einer Homepage in Responsive Webdesign vorzustellen sowie die Kosten für eine Gemeinde-App zu ermitteln und den Pflegeaufwand zu beschreiben sowie finanziell zu beziffern.“*

Über die Annahme des Änderungsantrages der SPD Fraktion wurde sodann abgestimmt. Die Abstimmung erfolgte einstimmig mit 11 Ja-Stimmen.

Der Haupt-, Finanz- und Sozialausschuss empfiehlt daraufhin der Gemeindevertretung einstimmig *folgenden Beschluss* zu fassen:

*„Die Gemeindevertretung begrüßt das bereits vorhandene digitale Angebot der Gemeinde Rodenbach mit dem aktuellen, umfassenden und strukturierten Informationsangebot auf der gemeindeeigenen Homepage <https://www.rodenbach.de/> und auf der für mobile Endgeräte optimierten Homepage <https://m.rodenbach.de/> und unterstützt den Gemeindevorstand auf dem bereits eingeschlagenen Weg. Vor diesem Hintergrund wird der Gemeindevorstand beauftragt, dem Haupt- und Finanzausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen (vor Abschluss der Haushaltsberatungen 2017) den Unterschied zwischen der „normalen“ Homepage und der „Mobile Web App“ darzustellen, die zeitlichen und inhaltlichen Planungen für den Relaunch der Website und die Umstellung auf ein Responsive Webdesign zu erläutern, die Vor- und Nachteile einer Gemeinde-App im Vergleich zu einer Homepage in Responsive Webdesign vorzustellen sowie die Kosten für eine Gemeinde-App zu ermitteln und den Pflegeaufwand zu beschreiben sowie finanziell zu beziffern.“*

Es besteht Einvernehmen im Ausschuss, dass damit der CDU-Antrag ersetzt ist. Eine Abstimmung darüber erfolgt deshalb nicht.

## **2. Anschaffung der Prozessplattform Civento Antrag Nr. 04/2016 (CDU-Fraktion)**

Der stellv. Vorsitzende teilt mit, dass zum vorliegenden Antrag ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vorliegt.

Zunächst stellt Herr Kohlberger den Antrag der CDU Fraktion vor.

*„Die Gemeindevertretung beauftragt die Verwaltung, die Digitalisierung des Bürgerservices weiter voranzutreiben. In diesem Zusammenhang soll die Anschaffung der*

*Prozessplattform Civento (Software der ekom 21) geprüft und ggf. Mittel dafür im Haushalt 2017 bereitgestellt werden.“*

Anschließend stellt Herr Brehm den Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor:

*„Die Gemeindevertretung begrüßt die bisherigen Bemühungen des Gemeindevorstandes, die Digitalisierung des Bürgerservices und den verwaltungsinternen digitalen Workflow voranzutreiben und ist grundsätzlich bereit, auch zukünftig die dafür erforderliche Mittel bereitzustellen. Da ist es jedoch erforderlich, die Gemeindevertretung umfassend zu informieren, um die Grundlage für eine Entscheidung zu schaffen.*

*Vor diesem Hintergrund wird der Gemeindevorstand beauftragt, dem Haupt – und Finanzausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen den Aufbau der derzeitigen IT-Infrastruktur (Hardware, Software, Netzwerk) darzustellen, das derzeitige digitale und den BürgerInnen zur Verfügung stehende Angebot aufzuzeigen, den verwaltungsinternen Workflow zu erläutern, die bestehende Strategie zum Ausbau digitaler und bürgerorientierter Verwaltungsprozesse darzulegen, die jährlichen Gesamtkosten für Hardware, Software, Administration, Datenverkehr, Datenschutz und Datensicherheit aufzuzeigen und die Prozessplattform Civento der ekom 21 durch eine/n VertreterIn der ekom 21 vorzustellen zu lassen.“*

Über die Annahme des Änderungsantrages der SPD Fraktion wurde sodann abgestimmt. Die Abstimmung erfolgte einstimmig mit 11 Ja-Stimmen.

Der Haupt-, Finanz- und Sozialausschuss empfiehlt daraufhin der Gemeindevertretung einstimmig *folgenden Beschluss* zu fassen:

*„Die Gemeindevertretung begrüßt die bisherigen Bemühungen des Gemeindevorstandes, die Digitalisierung des Bürgerservices und den verwaltungsinternen digitalen Workflow voranzutreiben und ist grundsätzlich bereit, auch zukünftig die dafür erforderliche Mittel bereitzustellen. Da ist es jedoch erforderlich, die Gemeindevertretung umfassend zu informieren, um die Grundlage für eine Entscheidung zu schaffen.*

*Vor diesem Hintergrund wird der Gemeindevorstand beauftragt, dem Haupt – und Finanzausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen den Aufbau der derzeitigen IT-Infrastruktur (Hardware, Software, Netzwerk) darzustellen, das derzeitige digitale und den BürgerInnen zur Verfügung stehende Angebot aufzuzeigen, den verwaltungsinternen Workflow zu erläutern, die bestehende Strategie zum Ausbau digitaler und bürgerorientierter Verwaltungsprozesse darzulegen, die jährlichen Gesamtkosten für Hardware, Software, Administration, Datenverkehr, Datenschutz und Datensicherheit aufzuzeigen und die Prozessplattform Civento der ekom 21 durch eine/n VertreterIn der ekom 21 vorzustellen zu lassen.“*

Es besteht Einvernehmen im Ausschuss, dass damit der CDU-Antrag ersetzt ist. Eine Abstimmung darüber erfolgt deshalb nicht.

### **3. 187. Vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur 2015: Größere Gemeinden“ Drucksache G 20/2016**

Herr Bürgermeister Schejna stellt die Vorlage vor und gibt eine kurze Zusammenfassung über die Ergebnisse des Berichtes des Hessischen Rechnungshofs.

Ein Exemplar des Prüfberichts wird sodann jeder Fraktion ausgehändigt.

Herr Kohlberger weist darauf hin, dass die Vorlage sehr kurzfristig übersandt wurde und deshalb wenig Zeit zur Kenntnisnahme war.

#### **4. Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand § 2 b UStG; Anwendung der Übergangsregelung des § 27 Abs. 22 UStG Drucksache G 21/2016**

Herr Bürgermeister Schejna stellt die Vorlage vor.

*Beschlussvorschlag:*

*Die Gemeindevertretung erklärt gegenüber dem Finanzamt Offenbach - Land, dass § 2 Abs. 3 UStG in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 01. Januar 2021 ausgeführten Leistungen weiterhin angewendet wird.*

Der Haupt-, Finanz- und Sozialausschuss empfiehlt daraufhin der Gemeindevertretung einstimmig den obengenannten Beschluss zu fassen.

#### **5. Verschiedenes**

##### **Zuweisung für den Medientreff Gemeindebücherei**

Bürgermeister Schejna berichtet über eine Zuweisung von 6.500 € aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs als Projektförderung zweckgebunden für die Anschaffung von Einrichtung, EDV und Medien. Eine entsprechende Zusage des hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst sei auf den Antrag der Gemeinde hin erfolgt.

##### **Zuwendung im Rahmen der Kinderbetreuungsfinanzierung**

Bürgermeister Schejna berichtet von einem Zuwendungsbescheid über 200.000 € im Rahmen des Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung zum Anbau an die Kita Adolf-Reichwein-Straße für zwei altersgemischte Gruppen. Die Zuwendung werde im Wege der Festbetragsfinanzierung als Projektförderung gewährt.

##### **Flüchtlinge in Rodenbach**

Bürgermeister Schejna teilt mit, dass im Moment exakt 252 Flüchtlinge in der Gemeinde Rodenbach leben. Ab der Anzahl von 250 Flüchtlingen können Kommunen einen Antrag auf eine Förderung von 10.000 Euro für einen Sportcoach stellen. Der Antrag auf diese Landeszuwendung wurde bereits gestellt.

##### **Veranstaltung der Kunterbunt AG in der Bücherei**

Bürgermeister Schejna berichtet von der gelungenen Veranstaltung der Kunterbunt AG in der Bücherei vom vergangenen Wochenende. Viele Flüchtlingsfamilien, sehr viele Kinder, viele Rodenbacher Familien, viele ehrenamtliche Helfer seien dort zusammengekommen und hätten miteinander gefeiert. Die Wingerts hätten sehr schön gespielt und auch die vielen Kinder sehr gut mit einbezogen. Insgesamt sei es eine gelungene Veranstaltung gewesen, auch und besonders im Hinblick auf die Integration der Flüchtlinge in Rodenbach. Denn Kennenlernen ist der Anfang und ein wichtiger Bestandteil der Integration.

### **Öffentliches W-LAN**

Bürgermeister Schejna teilt mit, dass es seit dem Wochenende auf dem Platz vor dem Bürgerhaus freies W-LAN gebe. Dieses sei begrenzt auf die Zeit von 07.00 – 22.00 Uhr täglich. Das gleiche sei geplant für den Dorfplatz in Oberrodenbach.

### **Projekt „Demokratie leben!“**

Bürgermeister Schejna berichtet von dem Projekt „Demokratie leben“. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ aufgelegt. Dafür habe die Gemeinde Rodenbach zusammen mit der Stadt Erlensee Anfang März im Rahmen eines Interkommunalen Zusammenschlusses an einem Interessenbekundungsverfahren teilgenommen. Der Antrag ist nun durch einen Zuwendungsbescheid angenommen worden. Damit würden für das Projekt „Demokratie leben!“ nun Fördermittel in Höhe von rund 320.000 € über einen 3,5-jährigen Projektzeitraum bereitgestellt. Die Mittel seien zweckgebunden für die Förderung lokaler Gemeinschaften für mehr Demokratie einzusetzen.

Er weist in diesem Zusammenhang auf die am Montag, den 26.09.2016, 19.30 Uhr, stattfindende Veranstaltung in der Rodenbachhalle hin. Dort werde dann ausführlich über das Projekt berichtet.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt der stv. Vorsitzende um 21.00 Uhr die Sitzung.

Sabine Lach  
Schriftführerin

Stefan Brehm  
stv. Vorsitzender